

Libyen

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

| | |
|------------------------|----------|
| ZUSAMMENFASSUNG | 2 |
|------------------------|----------|

| | |
|---|----------|
| Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor | 5 |
| Deutsche Rüstungsexporte | 5 |
| Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland | 7 |
| Militärausgaben | 9 |
| Lokale Rüstungsindustrie | 10 |
| Streitkräftestruktur | 10 |
| Bewaffnung der Streitkräfte | 11 |
| Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft | 14 |
| Polizei und andere Sicherheitskräfte | 17 |

| | |
|--|-----------|
| Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts | 19 |
| Einhaltung internationaler Verpflichtungen | 19 |
| Achtung der Menschenrechte im Empfängerland | 21 |
| Innere Lage im Empfängerland | 25 |
| Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region | 28 |
| Bedrohung von Alliierten | 29 |
| Verhalten in der internationalen Gemeinschaft | 30 |
| Unerlaubte Wiederausfuhr | 32 |
| Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes | 33 |

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Aufgrund der schlechten finanziellen und personellen Ausstattung der Armee war Libyen während der ersten Jahre der Unabhängigkeit militärisch bedeutungslos. Erst durch die Entdeckung und Förderung des Erdöls in Libyen und die tatkräftige Unterstützung von Großbritannien konnte das Land ab den späten 1960er Jahren die Armee nach und nach ausbauen und besser ausstatten. Nach dem Putsch von 1969 begann Muammar al-Gaddafi die militärische Stärke des Landes deutlich auszubauen. Dies erreichte er vor allem durch einen umfassenden Einkauf von Rüstungsgütern aus dem Ausland. Heutzutage gilt die Mehrzahl der libyschen Ausrüstung als veraltet. Aufgrund der jahrelangen Embargos mangelte es vor allem an Ersatzteilen. Der Großteil der libyschen Waffen stammt noch aus Beständen der ehemaligen Sowjetunion.

Die USA verhängten bereits ab 1974 sukzessive Sanktionen gegen Libyen, 1986 unter anderem ein umfassendes Handelsverbot. Im Jahr 1992 erließ der UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Libyen, welche auch ein Waffenembargo beinhalteten. Im selben Jahr verhängte die EU ebenfalls Sanktionen gegen Libyen. Nach dem offiziellen Verzicht Libyens auf Massenvernichtungswaffen sowie der öffentlichen Abkehr vom Terrorismus wurden die Sanktionen schließlich zwischen 2003 und 2004 vollständig aufgehoben. Dadurch wurde Libyen zwischenzeitlich zu einem lukrativen Absatzmarkt für Rüstungsgüter. Auch aus Ländern der EU erhielt Libyens Diktator Muammar al-Gaddafi Waffen und Rüstungsgüter. Deutschland erteilte 2009 Ausfuhrgenehmigungen im Wert von 53,1 Mio. Euro und lieferte daraufhin unter anderem Gefechtsfeldüberwachungsradaranlagen und Kommunikationsausrüstung zur Kriegsführung. Im Sommer 2011, nach der NATO-Intervention in Libyen, stoppten alle EU-Staaten ihre Waffenlieferungen an Libyen entweder vollständig oder zu großen Teilen. Einige belieferten anschließend die Rebell:innen im Land. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängte erneut ein Waffenembargo für Libyen, ebenso die EU.

Der Ausbruch des Konflikts im Frühjahr 2011 entfaltet bis heute massive Folgen für die Bevölkerung des Landes. Das Land ist tief gespalten und seit Jahren bestehen unterschiedliche Machtzentren, die seit Anfang 2021 mit der neu installierten und von der UN unterstützten Übergangsregierung überwunden werden sollen. Im Zuge der Entwicklungen der letzten Jahre hat sich auch die Rolle des Militärs verändert: Während sich einige Teile des Militärs 2011 mit der Opposition verbündeten, waren andere Teile der Streitkräfte dem Staatsoberhaupt gegenüber loyal. In Folge des Sturzes Gaddafis, des Sieges der Aufständischen und des Ausbruchs des Bürgerkrieges haben verschiedene politische und militärische Milizen die Kontrolle über mehrere Landesteile und Städte übernommen und kämpften um die Macht. Nach dem Auseinanderbrechen der Armee verfügte jedes politische Lager über einen Generalstab und Streitkräfte, in denen die Grenzen zwischen offiziellen Armeeeinheiten und Milizen verschwimmen. International anerkannt wurde die Nationale Einheitsregierung von Regierungschef Fajis al-Sarraj in Tripolis, die sich im Konflikt mit der Libyschen Nationalen Armee (LNA) unter General Chalifa Haftar befand, der die Regierung von Sarraj nicht anerkannte. Beide einigten sich im Sommer 2017 auf Vermittlung des französischen Präsidenten Macron hin auf einen Zehn-Punkte-Plan, der eine Waffenruhe und baldige Wahlen vorsah. Letztere wurden für Dezember 2018 geplant, fanden allerdings nicht statt. Ab April 2019 kämpften die

Streitkräfte von General Chalifa Haftar, seit 2015 Oberbefehlshaber der LNA, im Zuge einer Großoffensive gegen die international anerkannte Regierung in Tripolis erneut um die politische Macht im Land. Die neue Interimsregierung von Anfang 2021 unter dem neuen Premierminister Abdul Hamid Dbeibeh versucht nun, die Konfliktparteien zu einen. Nachdem die Wahl am 24. Dezember 2021 jedoch auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, rief das Parlament im Osten des Landes einen neuen, zweiten Regierungschef (Fatih al-Baschagha) aus. Nachdem es in der Hauptstadt Tripolis im Mai 2022 zu bewaffneten Kämpfen zwischen Truppen beider Regierungen gekommen war – einige Medien berichteten von einem versuchten Putsch durch Baschagha – verkündete dieser, seine Regierungstätigkeit von Tobruk in die Stadt Sirte verlegen zu wollen.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Im Dezember 2003 verkündete Libyen die sofortige Aufgabe seines gesamten Massenvernichtungswaffenprogramms. Diese Entscheidung verhalf Libyen zu einer enormen Aufwertung in der internationalen Staatengemeinschaft. Das Land galt seitdem bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs im Jahr 2011 als Paradebeispiel für effektive internationale Zusammenarbeit und erfolgreiche Verhandlungsdiplomatie.

Die USA verhängten bereits ab 1974 sukzessive Sanktionen gegen Libyen, 1986 unter anderem ein umfassendes Handelsverbot. Im Jahr 1992 erließ auch der UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Libyen, welche unter anderem das Einfrieren von Auslandskonten, diplomatische Sanktionen und ein Waffenembargo beinhalteten. Im selben Jahr entschied sich auch die EU für Sanktionen gegen Libyen. Mit einigen Zugeständnissen Libyens und der öffentlichen Abkehr vom Terrorismus wurden die Sanktionen schließlich zwischen 2003 und 2004 vollständig abgeschafft. Seit Februar 2011 besteht aufgrund der Entwicklungen im Land und den anhaltenden Unruhen erneut ein umfassendes Waffenembargo gegen Libyen, sowohl durch die UN als auch die EU. Dieses Embargo wurde auch fortgeführt, nachdem das libysche Informationsministerium mitteilte, die libyschen Streitkräfte seien in der Lage, den Islamischen Staat (IS) bis Ende 2015 zu besiegen, wenn das Waffenembargo aufgehoben werden würde. Der militärische Sektor in Libyen wurde durch diese Sanktionen schwer getroffen.

Die Menschenrechtslage in Libyen ist laut zahlreichen Berichten internationaler Organisationen verheerend. Neben willkürlichen Verhaftungen, dem mangelnden Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und faire Gerichtsverfahren stellen Mord, Folter, Entführungen, Vergewaltigungen und Menschenhandel einige der massiven Probleme dar, die das Land gegenwärtig prägen. 2022 starben Menschenrechtsorganisationen zufolge hunderte Menschen, einschließlich Zivilist:innen, bei Kämpfen zwischen bewaffneten Gruppen, die entweder der Regierung in Tripolis angehören oder der Regierung im Osten des Landes. Dem UNHCR zufolge sind 2023 ca. 300.000 Menschen in Libyen auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Ursprünglich sollte eine Anfang 2021 ins Leben gerufene Übergangsregierung Wahlen bis Ende 2021 möglich machen, nachdem dies jedoch auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, rief das Parlament im Osten des Landes Fatih al-Baschagha als neuen, zweiten Regierungschef auf. Seither kam es zu bewaffneten Kämpfen zwischen Truppen beider Regierungen. Libyens Situation fragmentierter politischer Macht und die zahlreichen Milizen im Land begünstigten in den vergangenen Jahren auch einen zeitweisen Machtaufbau des Islamischen Staates, der für zahlreiche Entführungen und Anschläge im zerrütteten Land verantwortlich

war. In Folge der konfliktreichen Lage überqueren jährlich zehntausende Menschen das Mittelmeer mit Booten, unter anderem um der Perspektivlosigkeit im Land zu entkommen.

Libyen ist zwar den wesentlichen internationalen Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten; ähnlich wie andere Regionen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika hat auch Libyen mit Terrorismus zu kämpfen. Derna, Benghazi und Sirte waren schon immer lokale dschihadistische Hochburgen mit historisch gewachsenen Milieus. Seit 2011 konnten diese vom Chaos profitieren und sich ausbreiten. So gelang es dem IS zeitweise, die Stadt Sirte und deren Umgebung zu kontrollieren, bis diese dem IS Ende 2016 wieder entnommen werden konnte. Terroristische Angriffe nahmen in den vergangenen Jahren aber wieder deutlich ab.

Das von der UN initiierte Waffenregister boykottiert Libyen zum wiederholten Male. Da das Land nicht Mitglied des ATT ist, reicht es auch hier entsprechend keine Berichte ein. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtete Libyen einmal im Jahr 2010. Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, in der Vergangenheit wurde Libyen aber immer wieder in Verbindung mit illegalen Waffen- und Ausrüstungstransfers gebracht. Der Konflikt im Land hat zur teilweisen Plünderung der staatlichen Waffenarsenale geführt. Libyen ist ein wichtiger illegaler Waffenlieferant für Nordafrika sowie für Teile der nah- und mittelöstlichen Region; Waffen aus dem Bürgerkriegsland wurden mittlerweile in etliche Länder geschmuggelt und sind an Konflikten auf mehreren Kontinenten beteiligt. Viele der Waffen, darunter auch MANPADS, befinden sich heute in den Händen bewaffneter Gruppen in der Sahel-Zone oder im Konflikt in Syrien. Auch in die Hände von westafrikanischen Rebell:innen gelangten libysche Waffen, beispielsweise in Sierra Leone. Der Waffenschmuggel in der Region wird noch heute aus Beständen genährt, die noch vom alten libyschen Regime angelegt worden waren, aber auch aus den verbliebenen Resten der Militärhilfe des Westens für die damals hofierten Gegner:innen Ghaddafis. Nach dessen Sturz waren es Waffen aus Libyen, die den Konflikt in Mali anheizten. Weitere Waffen sind in die Hände von Extremist:innen in Tunesien, der ägyptischen Sinai-Halbinsel, Niger und Algerien geraten. Laut einem UN-Bericht haben auch die illegalen Waffenlieferungen von Libyen an Ägypten in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Von dort gelangten viele der Waffen über die ägyptisch-palästinensische Grenze in den Gazastreifen.

Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 7.570 PPP-Dollar zählt Libyen nach Weltbank Kategorisierung zu den sog. lower middle income economies. Das Land verzeichnete in den letzten Jahren eine sehr wechselhafte wirtschaftliche Entwicklung. Grund für diese starken Schwankungen sind die hohe Abhängigkeit vom Öllexport (dies machen 88 % des Gesamtexport und 56 % des GDP des Landes aus) und die politisch instabile Lage des Landes. Mit einem Indexwert von 0,746 auf dem Human Development Index gehört Libyen zu der HDI-Gruppe der Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. Daten zu staatlichen Bildungsausgaben existieren für die letzten fünf Jahre ebenso wenig wie offizielle Armutsstatistiken, Einkommensungleichheit oder Militärausgaben. Über die Gefahr, dass in Libyen durch unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflusst werden könnte, lässt sich aufgrund mangelnder Daten nur spekulieren. Der gewaltsame Konflikt im Zuge des arabischen Frühlings hat die Entwicklung des Landes und das Bildungs- und Gesundheitssystem nachhaltig negativ beeinflusst, so dass Rüstungsexporte vor diesem Hintergrund in Hinblick auf Kriterium acht – abweichend von der BICC-Datenbank – als möglicherweise kritisch gesehen werden müssen.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2023 (in Millionen Euro)

| Jahr | Güter / in Prozent des Gesamtwertes | Gesamtwert |
|------|---|------------|
| 1999 | --- | --- |
| 2000 | Sattelzugmaschine mit Tiefladesattelaufleger | 0,33 |
| 2002 | Ersatzteile für Militärfahrzeuge, Peilsysteme, Funkgeräte und Navigationsanlagen | --- |
| 2003 | Ersatzteile für Strangpresse, Geländewagen | 1,31 |
| 2005 | Geländewagen | 0,31 |
| 2006 | Kommunikationsausrüstung und Teile: 58,8%; Splitterschutzanzüge: 39,3% | 2,0 |
| 2007 | Hubschrauber und Teile für Hubschrauber: 66,2%; Detektionsausrüstung, Dekontaminationsausrüstung, ABC Schutzbekleidung und Teile für Detektionsausrüstung und Dekontaminationsausrüstung: 32,6% | 23,84 |
| 2008 | Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 58,7%; Gefechtsfeldüberwachungsradar und Teile für Gefechtsfeldüberwachungsradar: 28,2% | 4,18 |
| 2009 | Kommunikationsausrüstung, Störsender und Teile für Kommunikationsausrüstung: 81,4% | 53,15 |
| 2010 | Gefechtsfeldüberwachungsradar und Teile dafür: 72,0%; Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für Spähfahrzeuge, Geländefahrzeuge: 16,6% | 6,11 |
| 2011 | Geländewagen mit Sonderschutz [ausländische Botschaft], Minenräumgeräte [Hilfsorganisation] und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Minenräumgeräte [Hilfsorganisation]: 98,1% | 3,89 |
| 2012 | Geländewagen mit Sonderschutz: 77,4 % Helme, Minenschutzwesten, Bombenschutzanzug und Schutzbekleidung: 21,8 % | 1,17 |
| 2013 | Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für ballistischen Schutz: 92,2% | 5,96 |
| 2014 | Geländewagen mit Sonderschutz [EU-Mission, Botschaft, Personenschutz] und Teile für Geländewagen mit Sonderschutz [EU-Mission]: 88,8% | 2,53 |
| 2015 | Gewehre mit KWL-Nummer [VN-Mission], Maschinenpistolen [VN-Mission], Magazine [VN-Mission], Waffenzielgeräte [VN-Mission] und Teile für Maschinenpistolen [VN-Mission]: 98,9% | 0,13 |

| Jahr | Güter / in Prozent des Gesamtwertes | Gesamtwert |
|------|--|------------|
| 2016 | --- | --- |
| 2017 | Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]: 100% | 0,54 |
| 2018 | Geländewagen mit Sonderschutz [EU-Mission] und Teile für Geländewagen mit Sonderschutz [EU-Mission]: 100% | 2,31 |
| 2019 | Geländewagen mit Sonderschutz [VN-Mission, Bank] und Teile für ballistischen Schutz [Bank]: 100% | 0,52 |
| 2020 | --- | --- |
| 2021 | --- | --- |
| 2022 | Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz [Botschaft, EU-Mission] und Teile für ballistischen Schutz [Botschaft, EU-Mission]: 99,4 % | 3,81 |
| 2023 | Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz [EU-Delegation] und Teile für ballistischen Fahrzeugschutz [EU-Delegation] | |

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2023

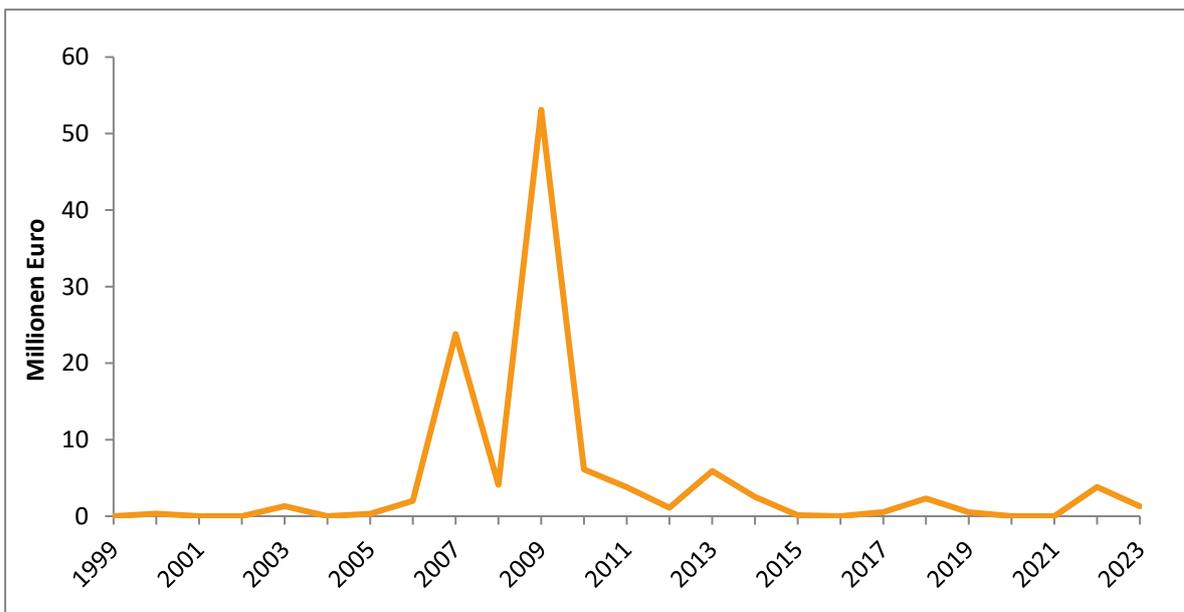


Tabelle 2**Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Libyen 2000-2023**

Da in der SIPRI-Datenbank nur komplette Großwaffensysteme erfasst werden, Deutschland zwischen 2000 und 2023 jedoch keine dieser Großwaffensysteme an Libyen geliefert hat, finden sich hierzu keine Angaben in der SIPRI-Datenbank.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland**Tabelle 3****Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Libyen 2019-2023, Mio. TIV¹**

| Jahr | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2019-2023 |
|-------|------|------|------|------|------|-----------|
| Summe | - | - | - | - | - | - |

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4**Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Libyen 2019-2023, Mio. TIV**

Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Libyen lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Wegen der bis 2004 und wieder seit Februar 2011 von der Europäischen Union und den Vereinten Nationen verhängten Waffenembargos gegen Libyen, konnte sich das Land in den vergangenen Jahren kaum mit Waffen und Rüstungskomponenten versorgen. Der Großteil der libyschen Waffen stammt noch aus Beständen der Sowjetunion. Die Ausrüstung ist jedoch meist in einem schlechten Zustand, teilweise sehr stark veraltet und demnach modernisierungsbedürftig. Daher ist Libyen zwischenzeitlich ein lukrativer Absatzmarkt geworden und immer mehr Staaten versuchten, dort Fuß zu fassen. Schlagzeilen machte die 2007 verkündete militärische Kooperation zwischen Frankreich und Libyen. Demnach soll eine EADS-

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Tochter Milan-Panzerabwehrraketen im Wert von ca. 170 Millionen Euro sowie Geräte zur Nachrüstung von Kommunikationsnetzen im Wert von 130 Millionen Euro an Libyen liefern bzw. geliefert haben. Deutschland erteilte 2009 Ausfuhrgenehmigungen im Wert von 53,1 Million Euro und lieferte daraufhin unter anderem Gefechtsfeldüberwachungsradaranlagen und Kommunikationsausrüstung zur Kriegsführung. 2020 hat die deutsche Bundesregierung die Ausfuhr von Rüstungsgütern nach Libyen im Wert von rund 1,5 Mio. Euro unter Verweis auf einen möglichen Verstoß gegen Kriterium 3 des Gemeinsamen Standpunktes der Europäischen Union („Innere Lage“) jüngst nicht genehmigt, nachdem in den Jahren zuvor Rüstungsgüter u. a. für die UN-Mission und die Botschaft nach Libyen ausgeführt wurden. Seither lieferte sie zuletzt im Jahr 2023 Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz und Teile hierfür im Wert von 1,3 Mio. Euro an Botschaften und eine EU-Mission im Land.

Nach dem Ausbruch der Auseinandersetzungen Anfang 2011 lieferten viele Staaten Waffen an die libyschen Rebell:innen, die den Sturz des damaligen Staatsoberhauptes Muammar al-Gaddafi zum Ziel hatten. So soll Katar Milan-Panzerabwehrraketen zur Unterstützung geliefert haben, Italien Ausrüstung zur Selbstverteidigung. Auch die USA und das Vereinigte Königreich belieferten die libyschen Regimegegner:innen mit einer Vielzahl nicht-tödlicher militärischer Ausrüstungsgegenstände. Während des Konflikts in Libyen haben zahlreiche Waffen das Land erreicht. Bilder deuten auch darauf hin, dass G-36 Gewehre von Heckler & Koch in dem Krieg zum Einsatz kamen. Ausgelöst durch den Konflikt haben zahlreiche europäische Staaten ihre Rüstungsexportlizenzen für Libyen überprüft und angekündigt, keine neuen zu erteilen. Die Waffenproliferation aus Libyen in umliegende Staaten ist zudem ein großes Problem und führt zur Destabilisierung der gesamten Region.

Auch Russland bemüht sich, sich mit Waffen- und Ausrüstungslieferungen im libyschen Markt zu positionieren und war im Zeitraum 2013 bis 2017 der zweitwichtigste Waffenlieferant hinter Kanada. Dass Kanada hier an erster Stelle stand, ging insbesondere auf Lieferungen von gepanzerten Truppentransportern zurück. Diese Lieferungen, welche einen Bruch des UN-Waffenembargos darstellten, wurden über eine Firma in den Vereinigten Arabischen Emiraten abgewickelt, die jedoch in kanadischem Besitz ist. Die kanadische Regierung sieht sich mit dem Vorwurf konfrontiert, ihre Kontrollpflichten verletzt zu haben. Italien unterstützt die international anerkannte libysche Küstenwache – laut Expert:innen gibt es derzeit wohl drei unterschiedliche in verschiedenen Küstenabschnitten – bei der Bekämpfung illegaler Migration von Nordafrika nach Europa. Im Zuge dessen lieferte Italien im Mai 2017 vier Patrouillenboote der Bigliani-Klasse.

Vor der Etablierung der Übergangsregierung unter Premierminister Abdul Hamid Dbeibeh Anfang 2021, die die Konfliktparteien zu vereinen sucht, wurden im Zuge des Kampfes um die politische Macht im Land beide Konfliktseiten von ausländischen Patronen mit Waffensystemen versorgt. So soll die Türkei beispielsweise die Regierung von Ministerpräsident Fayez al-Sarraj unterstützt haben, während Ägypten, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate General Haftar mit moderner Militärtechnologie versorgten. Zudem hatte der türkische Präsident Erdogan im Dezember 2019 angekündigt, Truppen nach Libyen zu schicken, sollte die Regierung von Premier Sarraj darum bitten. Auf Seiten der LNA sind wohl bereits russische Scharfschütz:innen und Militärberater:innen im Einsatz.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

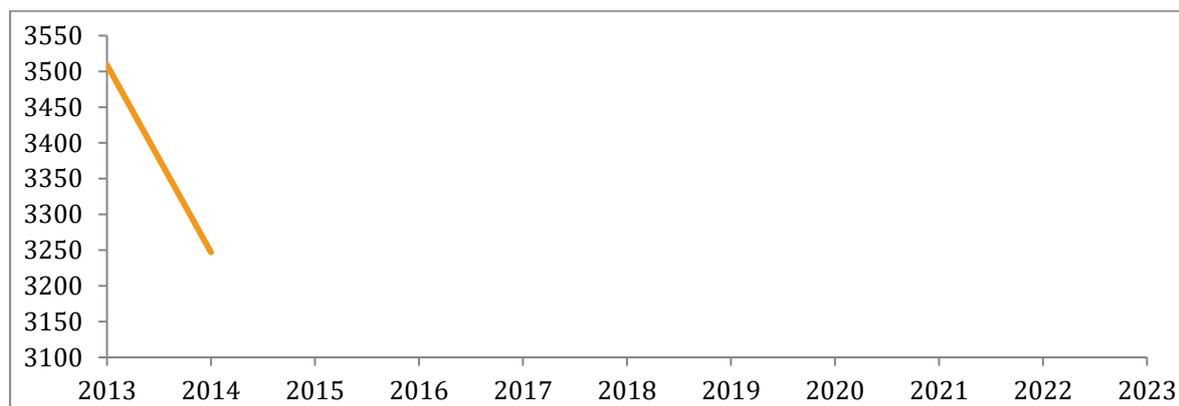
| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|--|------|------|------|------|------|
| Militärausgaben (in Millionen US-Dollar) | - | - | - | - | - |
| Anteil am BIP (in Prozent) | - | - | - | - | - |
| Anteil an Staatsausgaben (in Prozent) | - | - | - | - | - |

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

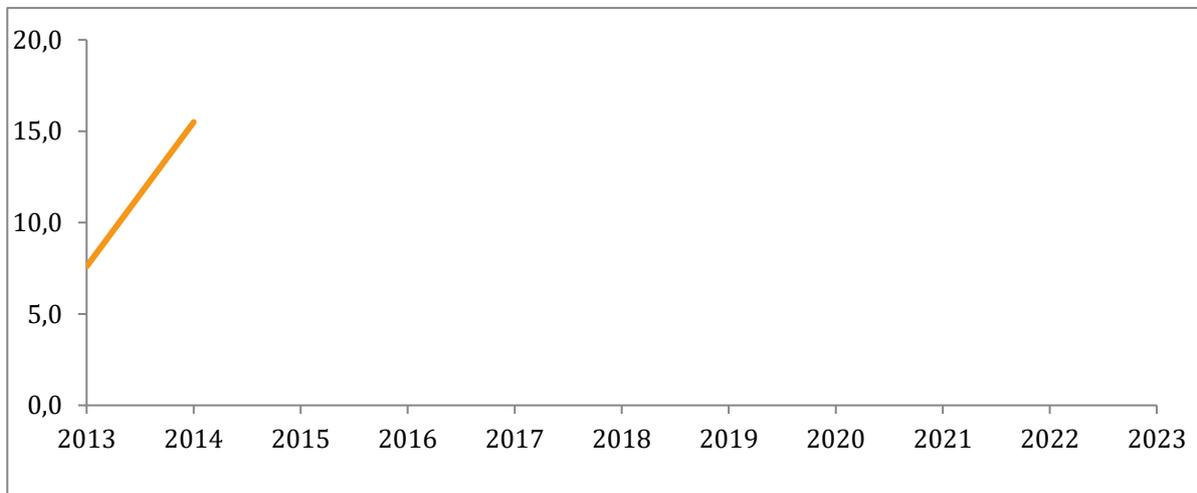
Schaubild 2

Absolute Militärausgaben, Trend 2013 – 2023 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2022.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2013 – 2023 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Bedingt durch jahrzehntelange Embargos existiert in Libyen derzeit praktisch keine eigene Rüstungsindustrie. Die Betriebe, die das erste, bis 2004 andauernde Embargo überstanden, sind allesamt in staatlicher Hand und technologisch weit abgefallen. Ein multinationaler Austausch konnte nur kurzzeitig mit der Aufhebung der Sanktionen erreicht werden. Bis zum Ausbruch des gewaltsamen Konfliktes 2011 war anzunehmen, dass sich die Rüstungsindustrie des Landes in Zukunft modernisieren würde. Auch der hohe Bedarf an neuer Ausrüstung, modernen Technologien und die Bereitschaft der westlichen Länder, nach dem libyschen Richtungswechsel auch rüstungspolitisch mit Libyen zusammenzuarbeiten, ließen einen Ausbau der lokalen Rüstungsindustrie vermuten. Durch den Ausbruch des Konfliktes sank jedoch die Bereitschaft der westlichen Staaten dazu. Auch durch die Intervention der NATO, die die wenigen Einrichtungen empfindlich zerstörte, gilt es weiterhin als unwahrscheinlich, dass sich die libysche Rüstungsindustrie in absehbarer Zeit erholt.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1**Gesamtstärke der Streitkräfte**

Keine Angaben.

Quelle: IISS Military Balance 2024

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2015–2022

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|--|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Aktive in 1.000 (IISS) | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC-Berechnungen) | - | - | - | - | - | - | - | - |

Quellen: IISS Military Balance, 2016-2023, World Bank

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

| Waffenkategorien | Anzahl | Kommentar |
|-----------------------------------|--------|--|
| Schwere Panzer | Einige | T-55; T-72 |
| Schützenpanzer | Einige | BMP-2 |
| Gepanzerte Mannschaftstransporter | Einige | u. a. 4K-7FA Steyr, Mbombe-6, Al-Wahsh, Kirpi-2, Vuran |
| Bergepanzer | Einige | Centurion 105 AVRE |
| Panzerabwehr | Einige | u. a. AT-15 Springer |
| Artillerie | Einige | Palmaria, D-30 |
| Luftabwehr | Einige | Geschütze und QW-18 Luft-Boden-Raketen |

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Fehlende finanzielle Mittel und eine aus der geringen Bevölkerungsdichte resultierende Personalschwäche machten das libysche Heer lange militärisch völlig bedeutungslos. Erst mit der Entdeckung des Erdöls in Libyen und umfassender Unterstützung durch das Vereinigte Königreich konnte das Land ab den späten 1960er Jahren seine militärische Stärke ausbauen. Der Putsch durch Muammar al-Gaddafi 1969 stellte auch für das Heer einen Wendepunkt dar. Die Ausstattung verbesserte sich erstmals deutlich in den 1970er Jahren, als Libyen von Frankreich Panzer und Artillerie erhielt. Dies reichte für Gaddafis Absicht, die libysche Armee zu der am besten ausgerüstete Armee der arabischen Welt zu machen, jedoch nicht aus. Dementsprechend kamen in den folgenden Jahren umfassende Verträge mit der Sowjetunion zustande. Im Rahmen dieser Verträge wurde eine Fülle an modernen sowjetischen

Rüstungsgütern nach Libyen geschafft, unter anderem ein hochmodernes Luftabwehrsystem. Für die Bedienung, Wartung und das Training kamen nicht nur die Güter selbst, sondern auch etliche Expert:innen aus der Sowjetunion und anderen kommunistisch geprägten Ländern. Dennoch gelang es der libyschen Armee angesichts der Masse an neuen Gerätschaften nicht, diese alle angemessen in Gebrauch zu nehmen.

Heutzutage kann die Mehrzahl der libyschen Ausrüstung als veraltet und technologisch längst überholt gelten. Ein großer Teil wurde zudem während der Aufstände zerstört. Aufgrund des jahrelangen Embargos mangelte es vor allem an Ersatzteilen. Innerhalb der neuen libyschen Führung gibt es jedoch Überlegungen, ein neues hochmodernes Grenzüberwachungssystem zu bauen. Dabei handelt es sich allem Anschein nach um Radaranlagen, Kameras, Drohnen, Hubschrauber und geländegängige Fahrzeuge. Berichten zufolge sind an den Verhandlungen dieses Projektes britische, französische, italienische und US-amerikanische Rüstungskonzerne beteiligt. Darüber hinaus will sich das Vereinigte Königreich an der Ausbildung des Heeres beteiligen.

Anfang 2015 hat der UN-Sicherheitsrat eine libysche Anfrage zur Lieferung von Waffen für den Kampf gegen die dschihadistische Miliz Islamischer Staat (IS) aufgrund des bestehenden Waffenembargos zurückgewiesen. Sieben Ratsmitglieder stimmten für einen Antrag Spaniens, die Anfrage auf Gewährung einer Ausnahme vom bestehenden Waffenembargo nicht zu behandeln, solange die libyschen Konfliktparteien unter Vermittlung des damaligen UN-Sondergesandten Bernardino Leon über eine politische Lösung des Konflikts verhandeln. Neben Spanien stimmten auch das Vereinigte Königreich, Frankreich und die USA für den Antrag.

Im Sommer 2015 forderte die Arabische Liga dann eine stärkere militärische Unterstützung für Libyen von der internationalen Gemeinschaft sowie der UN, um Libyen im Kampf gegen den IS stärker zur Seite zu stehen. In ihrem Kampf gegen die Milizen und Streitkräfte General Haftars wurde das libysche Militär der Regierung in Tripolis von Katar, Italien und der Türkei unterstützt.

Tabelle 8

Marine

| Waffenkategorien | Anzahl | Kommentar |
|----------------------------|------------|--|
| Patrouillenboote | Mehr als 3 | |
| Davon Korvetten | 1 | Al Hani-Korvette seit 2013 in Malta zur Modernisierung |
| Amphibienfahrzeuge | 1 | |
| Logistik und Unterstützung | 2 | |

Quelle: *IISS Military Balance 2024*

Box 2**Andere Marineeinheiten***Küstenwache:**20 Patrouillenboote**Quelle: IISS Military Balance 2024***Kommentar**

Die libysche Marine war seit jeher sowohl die kleinste wie auch die verhältnismäßig am schlechtesten ausgerüstete Teilstreitkraft des libyschen Militärs. Im Jahr 1962 mit umfangreicher britischer Unterstützung gegründet, entwickelte sich die Marine nur sehr langsam. So kam es, dass die Marine bei der Machtübernahme Gaddafis 1969 über eine Personalstärke von knapp über 200 Personen verfügte. Im Zuge der generellen militärischen Aufrüstung, die durch Gaddafi angestoßen wurde, kam der Marine durch die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion eine deutliche Aufwertung zu. Ab den späten 1980er Jahren verfügte Libyen über moderne U-Boote, Korvetten und mit Raketen bestückte Schiffe und stellte damit eine neue schlagkräftige Seemacht im Mittelmeerraum dar. Inzwischen ist diese Stärke aufgrund des jahrelangen Embargos längst verblasst. Die Marine verfügte einschließlich der Küstenwache über weniger als 7.000 Soldat:innen (letzte verfügbare Zahlen von 2014). Während der NATO-Operationen gegen Libyen versenkten Kampfflugzeuge und Schiffe der Alliierten eine Reihe kleinerer Boote – von libyscher Seite wurden sechs Treffer bestätigt –, die auch zu Angriffen auf bewaffnete Widerstandsgruppen vom Regime genutzt wurden.

Im Jahr 2023 erhielt die libysche Küstenwache laut dem IISS zehn neue Patrouillenboote, darunter sieben Patrouillenboote des Typs Burdi (Damen Stan 1605) von der dänischen Regierung. Ebenso erhielten sie von der italienischen Regierung im Juni zwei Fezzan (Corrubia) für das Programm "Support to integrated Border and Migration Management in Libya" (SIBMMIL) der EU. Hinzu kamen noch 2 Vittoria FPV350 (ITA), speziell für libysche Marine entwickelt wurde. Dieser Zuwachs stimmt mit dem Vorhaben der libyschen Führung überein, ein neues hochmodernes Grenzüberwachungssystem zu etablieren. Die EU und insbesondere die italienische Regierung versuchen derzeit mit SIBMMIL die Kapazitäten der libyschen Küstenwache im "Migrationsmanagement" zu erhöhen und damit irreguläre Grenzübertritte zu bekämpfen.

Tabelle 9**Luftwaffe**

| Waffenkategorien | Anzahl | Kommentar |
|-------------------|--------|-----------|
| Jagdflugzeuge | 2 | MiG-23BN |
| Jagdbomber | 13 | |
| Erdkampfflugzeuge | einige | Su-24M |

| Waffenkategorien | Anzahl | Kommentar |
|-----------------------|------------|------------------------------|
| Trainingsflugzeuge | Mehr als 9 | Alle kampffähig |
| Kampfhubschrauber | Einige | Mi-24 Hind |
| Transporthubschrauber | Einige | Mi-17 Hip |
| Raketen | Einige | u. a. AA-8 Aphid; AA-2 Atoll |

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Die Luftwaffe war lange in einem rudimentären Zustand. Im Jahr 1963 gegründet bestand die Luftwaffe anfangs aus einigen wenigen Flugzeugen. Bis zum Ende des Jahrzehntes verfügte sie zwar über einige zusätzliche Ausbildungsflugzeuge und über deutlich mehr geschultes Personal, eine signifikante Aufwertung kam ihr jedoch ebenfalls erst in den frühen 1970er Jahren zu. Bereits nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 wurden Stimmen laut, die eine fortschrittlichere Ausrüstung der Luftwaffe forderten. Dies resultierte im Kauf von zehn US-amerikanischen F-5 Jagdbombern Ende der 1960er Jahre. Nach diesem Kauf wuchs die Luftwaffe schnell an und wurde so zu einer wichtigen Komponente der bewaffneten Streitkräfte. Die tatsächliche Aufwertung geschah letztlich durch umfassende Verträge Libyens mit Frankreich über den Kauf von 110 Mirage Jagdbombern. Mitte der 1970er Jahre kam es schließlich zu einem zusätzlichen Kauf militärischer Ausrüstung durch Verträge mit der Sowjetunion. Dabei erhielt Libyen unter anderem moderne Luftwaffenausrüstung sowie vielfältige Unterstützung verschiedenster kommunistisch geprägter Staaten hinsichtlich der Wartung und des Trainings der neuen Gerätschaften.

Dennoch ist auch die libysche Luftwaffe von den jahrelangen Embargos hart getroffen worden und galt als veraltet und durchgehend modernisierungsbedürftig. Durch die Angriffe der Alliierten auf die libysche Luftwaffe Anfang 2011 wurde diese sowie die Luftabwehr zerstört bzw. so massiv beschädigt, dass sie nicht einsatzfähig ist. Nach der Neuaufstellung der Luftwaffe sind die meisten Flugzeuge und Hubschrauber auf dem Flughafen Tobruk stationiert, teilweise auch in Misratah. Ein Großteil der Luftwaffe schloss sich seit 2014 im Zuge des zweiten Bürgerkrieges den Truppen von General Haftar an. Dieser flog 2019 und 2020 mehrfach Luftangriffe auf die international anerkannte Regierung in Tripolis.

Box 3

Peacekeeping

Libyen nimmt an keinen Peacekeeping-Missionen teil.

Quelle: IISS Military Balance 2024

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Ursprünge der heutigen libyschen Armee finden sich in den Truppen, die Libyen im Zweiten Weltkrieg aufbot, um Großbritannien im Kampf gegen Deutschland und die

damalige Kolonialmacht Italien zu unterstützen (Sanusi-Armee). Nach der erfolgreichen Besetzung Libyens durch Großbritannien wurde die Mehrzahl der Sanusi-Armee-Angehörigen in die örtliche Polizei eingegliedert. Mit der libyschen Unabhängigkeit 1951 formten sich Veteran:innen der ehemaligen Sanusi-Armee zum Kernstück der königlichen libyschen Armee. Aufgrund der schlechten finanziellen und personellen Ausstattung der Armee blieb Libyen die ersten Jahre der Unabhängigkeit militärisch völlig bedeutungslos. Auch die in den frühen 1960er Jahren gegründete Luftwaffe und Marine konnten daran nichts ändern. Erst durch die Entdeckung und Förderung des Erdöls in Libyen sowie die tatkräftige Unterstützung von Großbritannien, konnte das Land ab den späten 1960er Jahren seine Armee nach und nach ausbauen und besser ausstatten. Nach dem Putsch von 1969 begann Muammar al-Gaddafi, die militärische Stärke des Landes deutlich auszubauen. Dies erreichte er vor allem durch den umfassenden Einkauf von Rüstungsgütern aus dem Ausland. Die Zusammenlegung der regulären Armee mit großen Teilen der früheren *National Security Force* und der *Cyrenaican Defense Force* führte zu Erhöhung der Personalstärke der Armee. Anfangs galt das Militär als angesehenere Institution des Landes, welche Mitglieder aus allen gesellschaftlichen Schichten vereinte. Besonders die Zusammenführung der unterschiedlichen bewaffneten Gruppen sowie die Entwaffnung der kyrenaischen Stämme in Libyen wurden als Verdienst der Armee gesehen, Libyen auf dem Weg zur nationalen Einheit zu unterstützen. Bis in die frühen 1980er Jahre waren Angehörige des Militärs durch ihren Lohn und verschiedene Begünstigungen deutlich privilegiert. Dennoch vermieden es viele hochrangige Militärangestellte, ihre materiellen Vorteile öffentlich zur Schau zu stellen, um sich von den ehemaligen Offizier:innen der vorangegangenen Monarchie abzugrenzen, denen dieses Verhalten nachgesagt worden war. Im Gegensatz dazu zeigten sich viele sittenstreng und mit beinahe schon puritanischen Gepflogenheiten. Auch Muammar al-Gaddafi bemühte sich in der Öffentlichkeit um ein asketisches Auftreten und sah sich als Vorbild des neuen moralischen Selbstverständnisses des Militärs. Er pflegte das Bild des Unbestechlichen und verbreitete die Idee, dass es sich beim Militärdienst um eine patriotische Pflicht handle, für die kaum materielle Entschädigung erwartet werden dürfe. Durch das von Gaddafi aufgelegte Modernisierungsprogramm und erste militärische Teilerfolge im Tschad verfestigte sich die Moral der Angehörigen des Militärs. Gaddafi nutzte das Militär zudem zu Zwecken der Machtsicherung. So sorgte er dafür, dass Vertreter:innen des Gaddafi-Stammes (Qadhadhifa) sowie der mit ihm verbündeten Stämme Maqarha und Warfalla alle zentralen Posten im Sicherheitsbereich, also bei Streitkräften, Polizei und Geheimdienst, übernahmen und so ihre Herrschaft absicherten.

Trotz der großen Bedeutung des Militärs für die Abschaffung der Monarchie und der Teilnahme an der Regierungstätigkeit, vor allem während der ersten Dekade unter Gaddafi, zeigten sich ab den frühen 1980er Jahren ernsthafte Spannungen zwischen militärischen und zivilen Kräften. Durch abwertende Äußerungen seitens Gaddafis und einer öffentlich geführten Kampagne gegen das Militär schwanden zunehmend Moral und Ansehen dieser Institution. Schließlich schwand auch der politische und militärische Einfluss nach einem missglückten Putschversuch 1985. Die revolutionäre Garde, ein ehemaliger paramilitärischer Arm des Revolutionskomitees, fungierte mehr und mehr als Kontrollinstanz für das reguläre Militär und schmälerte damit zusätzlich das ehemals hohe Ansehen.

Mit dem Ausbruch des Konflikts im Frühjahr 2011 veränderte sich die Lage grundlegend: Während sich einige Teile des Militärs mit der Opposition verbündeten, waren andere Teile der Streitkräfte dem Staatsoberhaupt gegenüber loyal. Da Gaddafi das Militär zunehmend auch zur eigenen Machtsicherung und der Machtsicherung seines Sohnes zweckentfremdet

hatte, war die Institution während seiner Amtszeit geschwächt worden. Nach dem Sturz Gaddafis und dem Sieg der Aufständischen wurde auch das Militär von einer Neuausrichtung und Umstrukturierung erfasst. Unter teilweise chaotischen Umständen wurde versucht, die Milizen der Befreiungsarmee in die regulären libyschen Streitkräfte, die Polizei und andere Einrichtungen der neuen Regierung zu integrieren. Doch die Gewalt hielt weiter an: Zunächst begann im Oktober 2011 ein Übergangsprozess, der durch die Rivalität zwischen lokalen Interessengruppen gekennzeichnet war, die jeweils enge Verbindungen zu Milizen unterhielten. Zwischen den bewaffneten Gruppen entstanden zunächst lokale Konflikte, die sich jedoch schnell ausbreiteten und eskalierten. Nach dem Auseinanderbrechen der Armee verfügte jedes politische Lager über einen Generalstab und Streitkräfte, in denen die Grenzen zwischen offiziellen Armeeeinheiten und Milizen verschwommen. So haben verschiedene bewaffnete Milizen die Kontrolle über mehrere Landesteile und Städte übernommen, wie vor allem seit 2014 die durch Khalifa Haftar geführte Libyan Arab Armed Forces (LAAF) im Osten des Landes. Im Dezember 2015 wurde zudem in Marokko ein von der UN vermitteltes Abkommen für einen Ausweg aus der Staatskrise unterzeichnet. Die zentralstaatliche Autorität wurde nun im Westen des Landes durch die Regierung der Nationalen Übereinkunft (GNA) ausgeübt, welche zu großen Hoffnungen auf Verbesserungen führte. Vor allem die LAAF im Osten sowie die in Tripolis ansässige GNA versuchten in der Folge, die Kontrolle über die zentralstaatliche Autorität und den Staatsapparat, insbesondere über die Zentralbank sowie Erdöl-Exporteinnahmen, zu erringen bzw. zu sichern. Kurz darauf lehnte das international anerkannte Parlament für Libyen die von der UN unterstützte GNA jedoch ab. Dies bedeutete einen schweren Rückschlag für die internationalen Bemühungen zur Lösung der Krise, die in einer LAAF-geführten Offensive gegen Tripolis im Jahr 2019 mündeten. Das Scheitern der Offensive sowie die im März 2021 begründete und von der UN und weiteren externen Akteuren unterstützte neue Regierung der Nationalen Einheit (GNU), die darauf abzielt, beide Konfliktseiten zu einen, drängte den Einfluss der LAAF jedoch stark zurück.

Die bewaffneten Gruppen, die sich seit 2011 in Libyen entwickelt haben, haben mittlerweile einen großen [Einfluss](#) auf die Institutionen des Landes; ihre Vertreter:innen sind in der Armee, im Sicherheitsapparat und in zivilen Regierungspositionen auf höchster Ebene präsent. Sie haben auch erheblichen Einfluss auf die Besetzung wichtiger Positionen und die Verteilung staatlicher Mittel. Diese enge Verflechtung von privaten Interessen und militärischen Strukturen dürfte die Politik und den Sicherheitssektor Libyens auf absehbare Zeit prägen. Trotz verschiedener Arrangements unter militärischen Akteuren bleibt das Risiko des Wiederauflebens der Konflikte weiterhin hoch.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|------|------|------|------|------|
| Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit | - | - | - | - | - |

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Nach den schweren Kämpfen und den politischen Umbrüchen in Libyen ist gegenwärtig unklar, wie eine neue Polizei und die anderen Sicherheitskräfte in Zukunft gestaltet werden. Es ist davon auszugehen, dass einige Einheiten und Strukturen bestehen bleiben, die Polizei jedoch insgesamt neu strukturiert werden wird. Dabei gilt es, insbesondere die nach wie vor bewaffneten Revolutionsbrigaden weiter in die regulären Streitkräfte und andere Sicherheitskräfte bzw. Regierungsbehörden zu integrieren. Vor dem Krieg hatte die libysche Polizei (People's Security Force – shurta) eine Stärke von etwa 30.000 bis 50.000 Personen und war mit der Ermittlung bei Verbrechen, der allgemeinen Strafverfolgung und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung betraut. Gegenspionage war Aufgabe einer Spezialeinheit der Polizei. Die Polizei unterstand dem Sekretariat für interne Sicherheit, das im Innenministerium angesiedelt war, und war entsprechend ihrer Aufgaben in verschiedene Einheiten aufgeteilt. In dem Sekretariat befand sich ebenfalls eine spezielle Zolleinheit, die mit dem Grenzschutz betraut war.

Gaddafis Regime verfügte lange Zeit über einen gut funktionierenden Geheimdienst mit verschiedenen Behörden. Es gab die Jamahiriya Security Organisation, die wiederum aus zwei Einheiten bestand, die für interne Sicherheit (Internal Security Apparatus) und die externe Sicherheit (External Security Apparatus) zuständig waren. Wichtig für die geheimdienstlichen Tätigkeiten und die Regimesicherheit war ebenfalls der militärische Geheimdienst (Al-Istikhbarat al-askariya). Aufgabe der einzelnen Behörden war die Informationsbeschaffung, die Beobachtung regimekritischer Libyer:innen sowie der allgemeine Schutz des Regimes vor Umstürzen oder Bedrohungen von außen. Lange Zeit standen ganze Bevölkerungsteile unter Generalverdacht und wurden intensiv beschattet und kontrolliert. Mit der Öffnung des Regimes änderten sich die Bewachungsmethoden des Geheimdienstes, um die Wahrnehmung innerhalb der Bevölkerung eines repressiven Regimes zu ändern.

Es bestand kaum eine vertikale und horizontale Verknüpfung oder Kommunikationsverbindung innerhalb oder zwischen den einzelnen Sicherheitsdiensten. Als zentrale Koordinierungs- und Kommandostelle agierte das Intelligence Bureau of the Leader.

Berichten zufolge haben im Januar 2012 die Justizverwaltung und die ihr angehörigen Polizeieinheiten langsam damit begonnen, die Kontrolle über die offiziellen und provisorisch errichteten Gefängnisse zu übernehmen. Die Polizei steht ähnlich wie das Militär vor großen Herausforderungen. Mit der Öffnung der Polizei für ehemalige Milizen, die gegen das Regime Gaddafis gekämpft haben, ist der Versuch unternommen worden, die Stabilität im Land

wieder herzustellen. Die zunächst geringe Bereitschaft der Milizen, sich in die offiziellen Organe einzugliedern, zeigt, dass der Regierung noch ein sehr langer Weg beim Neuaufbau und einer Reform der Polizei bevorsteht.

Verschiedene Staaten und die EU haben ihre Hilfe bei einer Polizeireform angeboten und setzen diese bspw. im Rahmen der European Union Integrated Border Assistance Mission (EUBAM) um. Hierzu mehr im Kapitel „[Alliierte Streitkräfte in der Region](#)“.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

| Kriterium | Bewertung |
|--|-------------------------|
| 1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen | Kritisch |
| 2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland | Kritisch |
| 3. Innere Lage im Empfängerland | Kritisch |
| 4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region | Möglicherweise kritisch |
| 5. Bedrohung von Alliierten | Nicht kritisch |
| 6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft | Möglicherweise kritisch |
| 7. Unerlaubte Wiederausfuhr | Kritisch |
| 8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes | Nicht kritisch |

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](#)).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

| Kurzname des Abkommens | Status | Quelle |
|---|-------------------|----------------|
| Chemiewaffen-Protokoll von 1928 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Weltraumvertrag von 1967 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu un-friedlichen Zwecken von 1978 | Nicht beigetreten | SIPRI Jahrbuch |

| Kurzname des Abkommens | Status | Quelle |
|---|----------------------------------|---|
| Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983 | Nicht beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Chemiewaffen-Konvention von 1997 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999 | Nicht beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba von 2006 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Übereinkommen über Streumunition von 2010 | Nicht beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014 | Unterzeichnet, nicht ratifiziert | SIPRI Jahrbuch |
| Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021 | Unterzeichnet, nicht ratifiziert | https://treaties.un.org |

Kommentar

Im Dezember 2003 verkündete Libyen die sofortige Aufgabe seines gesamten Massenvernichtungswaffenprogramms. Diese Entscheidung verhalf Libyen zu einer enormen Aufwertung in der internationalen Staatengemeinschaft. Das Land galt seitdem bis zum Ausbruch der Auseinandersetzungen 2011 als Paradebeispiel für effektive internationale Zusammenarbeit und erfolgreiche Verhandlungsdiplomatie.

Nach heutigem Erkenntnisstand verfügte Libyen über Produktionsstätten für biologische und chemische Waffen. In den 1970er Jahren verfolgte Libyen ebenfalls das Ziel, Atomwaffen zu kaufen. Das Land hatte jedoch weder in der Herstellung noch im Kauf von A-, B- und C-Waffen großen Erfolg. Im Bereich der biologischen Waffen ist es Libyen wohl nie gelungen, über das Forschungs- und Entwicklungsstadium hinaus zu gelangen. Die zwei in den 1980er Jahren fertiggestellten Chemiewaffenanlagen in Rabta und Sebha wurden laut CIA-Berichten jedoch zur Herstellung von Chemiewaffen genutzt. Über die hergestellte Menge sind jedoch keine genauen Angaben bekannt. Auf internationalen Druck hin wurde die Produktion 1990 eingestellt. Für Aufsehen sorgte 1996 die Entdeckung einer unterirdischen Fabrik für C-Waffen im Berg Tarhuna. Die Fertigstellung der Anlage wurde daraufhin jedoch gestoppt. Für die Forschung zu Atomwaffen stand Libyen einzig ein sowjetischer Leichtwasserreaktor zur Verfügung. Um diesen jedoch militärisch zu nutzen, fehlte laut CIA-Angaben das nötige Wissen.

Dennoch war es wohl nicht nur der diplomatische Weg, der Libyen letztlich zur Aufgabe seines Massenvernichtungswaffenprogramms brachte. Im Oktober 2003 beschlagnahmten US-Agent:innen fünf Container des deutschen Frachtschiffes BBC China. Brisanter Inhalt der Container, dessen Bestimmungsort Libyen war, waren Spezialbauteile für Gasultrazentrifugen, die für den Prozess der Urananreicherung benötigt werden. Aufgrund der vorangegangenen Verhandlungen sah sich Libyen offensichtlich angesichts des Fundes genötigt, das Massenvernichtungswaffenprogramm einzustellen, wollte es die bisherigen erfolgreichen Verhandlungen nicht gefährden. Gegenstand der geheimen Verhandlungen war die Aufhebung der von den USA, der EU und den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen. Mit dem Einlenken Libyens im Bereich der Massenvernichtungswaffen, aber auch in anderen

Bereichen, kam es 2004 schließlich zur Aufhebung der US-Sanktionen. Diese waren seit 1974 sukzessive verhängt worden, da Libyen immer wieder in Verbindung mit dem internationalen Terrorismus gebracht wurde. Höhepunkt der von US-amerikanischer Seite verhängten Sanktionen war das 1986 beschlossene komplette Handelsverbot mit dem libyschen Staat. Neben den US-Sanktionen waren von 1992 bis 2003 beziehungsweise 2004 auch Sanktionen von den Vereinten Nationen und der EU verhängt. Durch diese wurde Libyen dazu bewegt, bei der Aufklärung der Lockerbie-Anschläge mitzuwirken. Seit Februar 2011 ist erneut ein Waffenembargo der EU und der Vereinten Nationen gegen Libyen in Kraft.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

| Abkommen | Status | Quelle |
|--|-------------|---|
| Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002 | Beigetreten | http://treaties.un.org |

Box 4

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

The UN Independent Fact-Finding Mission on Libya concluded its three-year mandate in March and found reasonable grounds to believe state and nonstate actors committed crimes against humanity in Libya. The Fact-Finding Mission's final report identified the Libyan Coast Guard, the Tripoli-based interim

Government of National Unity and its aligned armed groups, the Government of National Unity's Department for Combatting Illegal Migration, and the Benghazi-based nonstate actor known as the Libyan National Army and its aligned armed groups as perpetrators of abuses against Libyans and migrants. The conclusion of the Fact-Finding Mission's mandate without establishing a follow-on mechanism raised questions about addressing abuses documented in the report and holding perpetrators accountable. Amid increased pressure on civil society across the country, the Government of National Unity revived a Gadhafi-era law restricting the registration and operation of civil society organizations. Following objections from civil society and the international community, the Prime Minister's Office of the Government of National Unity issued new rules in March allowing local and foreign organizations to operate temporarily until they were registered. In addition to worsening repression in areas under its control in the east and south, the Libyan National Army launched a campaign to oust Chadian rebel groups. Critics characterized the campaign as a pretext for targeting members of the marginalized Tebu community.

Significant human rights issues included credible reports of: arbitrary or unlawful killings, including extrajudicial killings; enforced disappearance; torture or cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment perpetrated by the government and armed groups on all sides; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention; serious problems with the independence of the judiciary; political prisoners or detainees; arbitrary or unlawful interference with privacy; punishment of family members for alleged offenses by a relative; serious abuses in a conflict, including reportedly widespread civilian deaths or harm; unlawful recruitment or use of children in armed conflict; serious restrictions on freedom of expression and media, including violence against journalists and enforcement of or threat to enforce criminal libel laws to limit expression; serious restrictions on Internet freedom; substantial interference with freedom of peaceful assembly and freedom of association; refoulement of refugees to a country where they would face torture or persecution; inability of citizens to change their government peacefully through free and fair elections; serious and unreasonable restrictions on political participation; serious government corruption; extensive gender-based violence, including domestic violence and sexual violence; crimes involving threats of violence targeting members of ethnic minority groups, including the Tebu and Tuareg communities; trafficking in persons, including forced labor; laws criminalizing consensual same-sex sexual conduct between adults, which the government enforced; crimes involving violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, or intersex persons; and significant restrictions on workers' freedom of association.

The Government of National Unity took limited steps to investigate, prosecute, and punish officials who committed human rights abuses within areas it controlled, but its limited resources, lack of political will, and inability to control significant portions of the country reduced its ability to do so.

Reports of human rights abuses committed by groups aligned with the government, the Libyan National Army, other nonstate actors, and foreign actors, including mercenaries from various countries, were widespread throughout the year. These included abuses involving killings, arbitrary detention, unlawful recruitment or use of children, and torture.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
<https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/libya>

Box 5

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2023

Militias, armed groups and security forces across Libya intensified their suppression of dissent, and attacks on civil society. Thousands of people remained arbitrarily detained in conditions violating the absolute prohibition of torture and other illtreatment, while hundreds of peaceful protesters, activists,

journalists and others were arrested solely because of the peaceful exercise of their human rights. Militias and armed groups killed and wounded civilians and destroyed civilian infrastructure during intensified armed hostilities. Armed groups forced thousands of people out of their homes, including in reprisal for their alleged affiliation or to appropriate their lands. Amid pervasive impunity and ongoing funding and integration of abusive militias and armed groups in state institutions, calls for accountability grew in the aftermath of the staggering loss of life, destruction and forced displacement in the wake of Storm Daniel. Discrimination and violence against women and girls remained pervasive. LGBTI individuals continued to be subjected to arbitrary arrests, unjust prosecution and other abuse. Ethnic minorities continued to face discrimination and barriers to Militias, armed groups and security forces across Libya intensified their suppression of dissent, and attacks on civil society. Thousands of people remained arbitrarily detained in conditions violating the absolute prohibition of torture and other ill-treatment, while hundreds of peaceful protesters, activists, journalists and others were arrested solely because of the peaceful exercise of their human rights. Militias and armed groups killed and wounded civilians and destroyed civilian infrastructure during intensified armed hostilities. Armed groups forced thousands of people out of their homes, including in reprisal for their alleged affiliation or to appropriate their lands. Amid pervasive impunity and ongoing funding and integration of abusive militias and armed groups in state institutions, calls for accountability grew in the aftermath of the staggering loss of life, destruction and forced displacement in the wake of Storm Daniel. Discrimination and violence against women and girls remained pervasive. LGBTI individuals continued to be subjected to arbitrary arrests, unjust prosecution and other abuse. Ethnic minorities continued to face discrimination and barriers to accessing health, education and other services. Refugees and migrants, including those intercepted at sea by EU-backed coastguards and armed groups, were subjected to torture and other ill-treatment, extortion and forced labour; thousands were forcibly expelled without due process. accessing health, education and other services. Refugees and migrants, including those intercepted at sea by EU-backed coastguards and armed groups, were subjected to torture and other ill-treatment, extortion and forced labour; thousands were forcibly expelled without due process.

Quelle: Amnesty International Report April 2024

<https://www.amnesty.org/en/location/middle-east-and-north-africa/libya/>

Box 6

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2024

Bewertung für Libyen auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 8/60

Politische Rechte: 1/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (9/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 7

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2024

Libya has been racked by internal divisions and intermittent civil conflict since a popular armed uprising in 2011 deposed longtime dictator Mu'ammār al-Qadhafi. International efforts to bring rival

administrations together in a unity government have repeatedly failed, preventing long-overdue elections. The proliferation of weapons and autonomous militias, flourishing criminal networks, interference by regional powers, and the presence of extremist groups have all contributed to a persistent lack of physical security. More than a decade of violence has displaced hundreds of thousands of people, and human rights conditions have generally deteriorated.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/libya/freedom-world/2024>

Kommentar

Die Menschenrechtslage in Libyen wird in zahlreichen Berichten internationaler Organisationen als verheerend bewertet. Der UN-Menschenrechtsrat hatte Libyen bereits im März 2011 erstmalig in der Geschichte nach weniger als einem Jahr Mitgliedschaft ausgeschlossen. Grund hierfür war die anhaltende Gewalt des ehemaligen Diktators gegenüber der libyschen Bevölkerung. Infolge des Sturzes des Gaddafi-Regimes im Jahr 2011 und der darauffolgenden Fragmentierung des Landes bekämpfen sich gegenwärtig eine Vielzahl bewaffneter Akteure und Milizen in Libyen. Der Konflikt hat gravierende Auswirkungen für die Menschen und ihre Rechte. Neben willkürlichen Verhaftungen, dem mangelnden Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit oder faire Gerichtsverfahren üben bewaffnete Gruppen im Kontext des Bürgerkrieges immer wieder Gewalt an der Bevölkerung aus. Verantwortlich für die Gewalt waren in den letzten Jahren Akteure der Regierung, der Milizen, der Terrorgruppen sowie der kriminellen Banden im Land. Es existieren zahlreiche Berichte über Mord, Folter, Entführungen und Vergewaltigungen von Männern, Frauen und Kindern. Menschenrechtsorganisationen weisen zudem seit Jahren auf das Problem des Menschenhandels und die Existenz sogenannter Sklavenmärkte in Libyen hin. 2022 starben [Human Rights Watch](#) zufolge hunderte Menschen, einschließlich Zivilist:innen, bei Kämpfen zwischen bewaffneten Gruppen, die entweder der Regierung in Tripoli angehören oder der Regierung im Osten des Landes.

Darüber hinaus gilt Libyen als Transitland für Geflüchtete. Mehr als 600.000 Menschen sollen in den letzten Jahren aus Libyen nach Europa gekommen sein. Immer wieder kommt es dabei zu Bootsunglücken auf dem Mittelmeer; das „missing migrants project“ zählte hier seit 2014 mindestens 30.898 vermisste (Stand: 28. November [2024](#)) Personen. Nach Informationen des [UNHCR](#) sind 2023 circa 300.000 Menschen in Libyen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Dabei sind etwa 20 Prozent der Gesundheitseinrichtungen aufgrund des Krieges zerstört oder geschlossen. Hinzukommen rund 40.000 Geflüchtete und Asylsuchende in Libyen; 160.000 Personen gelten als binnenvertrieben. Migrant:innen, Asylsuchende und Geflüchtete sehen sich hierbei mit willkürlichen Verhaftungen, Misshandlung, sexualisierter Gewalt und Zwangsarbeit durch bewaffnete Gruppen konfrontiert.

Innere Lage im Empfängerland

Box 8

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

The situation in Libya during the assessment period was marked by one major development: a switch of loyalty by the House of Representatives (HoR) from the Government of National Unity (GNU) in Tripoli in the west, with Abdul Hamid al-Dbeibeh as the new prime minister, to the Government of National Stability (GNS) in Sirte, located in the east. Additionally, the state was unable to conduct proper elections and, partly connected to this, a renewed flare-up of country-wide violence. In early 2021, the HoR voted in favor of installing the new interim GNU, which was elected in February 2021 by the Libyan Political Dialogue Forum (LPDF), a U.N.-backed political committee installed in 2019 and meant to unite Libya's warring factions. The GNU's main purpose was to prepare for simultaneous presidential and parliamentary elections on December 24, 2021. However, after numerous debates about the lack of constitutional and electoral bases, leading to disputes over candidates' eligibility, the High National Election Commission (HNEC) announced on December 22, 2021 postponement of the elections.

To address the absence of a constitutional and electoral framework, the United Nations Special Mission in Libya (UNSMIL) convened representatives from the HoR and the Presidential Council (PC) to develop legal documents for the forthcoming spring 2022 elections. Meanwhile, the GNU persisted in engaging in irresponsible spending, internal conflicts and dismissing repeated allegations of widespread corruption. In June 2022, the UNSMIL was unable to bridge the divide and establish a foundation for the elections. However, the GNU managed to consolidate the position of its controversial Prime Minister al-Dbeibeh through effective efforts to unify fragmented state institutions – particularly the two parallel central banks – and engage with other stakeholders in the eastern region, such as the Libyan Arab Armed Forces (LAAF). These efforts involved expelling mercenaries and foreign troops from the country, fostering national reconciliation, addressing economic challenges and delivering essential services to Libyan citizens. This development pushed the other interim government, the GNS headed by Fathi Bashagha, to accelerate its efforts to enter Tripoli and take control of the capital. Al-Dbeibeh created a new security apparatus – Support for the Elections and Constitution – which eventually clashed with armed groups allying themselves with the GNS. Following deadly clashes in August 2022, the GNS failed to enter the capital and has remained in Sirte since.

In July 2022, Libya experienced mass protests across the entire country. In Tobruk, the building that housed the HoR was set ablaze. Protests in the east and west were not connected, except for the fact that young Libyans throughout the country endure the same dire living conditions. However, the organizers of protests in Tripoli, operating under the name Youth Movement 23/08 (or Harak al-Shabaab 23/08 in reference to August 23, 2020, the day of their initial protests and abbreviated as Harak), appeared to coordinate and secure various permissions to protest. The protests were met with intervention from the security apparatus, whose compromised armed groups used violence at multiple locations. Subsequently, Harak could not obtain permits to continue demonstrations on the streets. Overall, 2022 was a difficult year for civil society and freedom of speech. Additional regulations were imposed on organizations, compounding arbitrary arrests and the kidnapping of activists and journalists.

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/LBY>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2023)

Im Jahresbericht 2023 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Libyen 18 Punkte (2022: 17 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Turkmenistan. Deutschland erzielte 78 Punkte.

Quelle: [2023 Corruption Perceptions Index: Explore the... - Transparency.org](#)

Spannungen und innere Konflikte

Nach dem Erlangen der politischen Unabhängigkeit 1951 traten Konflikte zwischen Monarchist:innen und Republikaner:innen auf. Die damalige Situation in Libyen war ebenso durch Spannungen zwischen Stadt- und Landbevölkerung geprägt. Mit der Entdeckung des Erdöls zeigten sich zudem soziale Spannungen zwischen den traditionell Reichen im Land und den durch das Öl schnell reich gewordenen Libyer:innen. Zusätzlich wurde die Kluft zwischen Arm und Reich in Libyen immer größer. Mit der Machtübernahme durch Muammar al-Gaddafi entspannte sich jedoch zunächst die innenpolitische Lage deutlich. Libyen hatte lange Zeit keine gravierenden ethnischen Konflikte zu verzeichnen und es kam nur zu sporadisch eskalierenden Auseinandersetzungen mit islamistischen Gruppierungen. Zurückzuführen ist dies auch auf den Regierungsstil Gaddafis. Dieser führte dazu, dass Libyen trotz aller Spannungen und Konflikte mit anderen Staaten lange Zeit ein Maß an innerer Stabilität aufweisen konnte. Maßgeblich gelitten haben darunter Minderheiten, Oppositionelle und die demokratische Reformbewegung.

Nach der zunehmenden Verschlechterung der Lebensverhältnisse während den international verhängten Sanktionen und der damit einhergehenden sozialen Unzufriedenheit, trug der von Gaddafi eingeschlagenen Richtungswechsel und die angestrebte Öffnung des Landes zunächst zu einer Entspannung bei. Ende 2010 zeichnete sich jedoch bereits eine Zuspitzung des Konflikts ab, der im Zuge der allgemeinen Umstürze in der Region, bekannt als die Phase des *Arabischen Frühlings*, im Frühjahr 2011 eskalierte. Im Gegensatz zu anderen Ländern in der Region kam es zu einem bewaffneten Konflikt (*Erster Bürgerkrieg 2011*), in den die NATO, mandatiert durch die Vereinten Nationen, eingriff. Zwar haben es aufständische Gruppen mit Unterstützung der NATO vermocht, Gaddafi zu stürzen – eine geeinte Opposition bestand jedoch nicht. Das primäre Ziel der Aufständischen war damals, Gaddafi aus dem Land zu vertreiben und eine neue Regierung einzusetzen. Die NATO hingegen, unter dem Mandat der UN, verfolgte vorrangig das Ziel, mithilfe von militärischen Mitteln die humanitäre Katastrophe zu begrenzen und Angriffe der libyschen Armee auf Zivilist:innen zu verhindern. In diesem Krieg starben Schätzungen zufolge zwischen 10.000 und 50.000 Zivilist:innen.

Nach der offiziellen Befreiung Libyens am 23. Oktober 2011 durch Truppen des „National Transitional Council“ (NTC) wurde eine Übergangsregierung eingesetzt, die die Abstimmung über eine neue Verfassung sowie die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vorbereiten sollte. Im Juli 2012 wählte das libysche Volk ein neues Parlament; im August 2012 übergab der NTC die Macht an den „General National Congress“ (GNC). Der Übergangsprozess scheiterte schließlich im Jahr 2014, als es zu zunehmenden gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen gegnerischen bewaffneten Gruppen (*Zweiter Bürgerkrieg seit 2014*) kam. Im Juni 2014 war ein neues Parlament gewählt worden. Dieses „House of Representatives“ (HoR) löste den GNC ab und eine neue Regierung konnte gegründet werden. Ein Teil des GNC

weigerte sich jedoch, das neue Parlament anzuerkennen und bildete daraufhin eine Gegenregierung. Seither bestanden zwei konkurrierende Regierungen, die jeweils Vertreter:innen sehr unterschiedlicher politischer Ausrichtungen vereinten. Dabei bestand auf keiner Seite eine vollständige Kontrolle über die Milizen, die die jeweiligen Machtzentren unterstützen, wodurch die politischen Verhandlungen erschwert wurden. Zwar hatten die Vertreter:innen der beiden libyschen Regierungen im Dezember 2015 in Marokko ein von der UN vermitteltes Abkommen für einen Ausweg aus der Staatskrise unterzeichnet, um den Bürgerkrieg zu beenden und das Land zu einen. Der Vertrag sah eine Einheitsregierung (Government of National Accord, GNA) und einen Präsidialrat für eine Übergangszeit von bis zu zwei Jahren, die Verabschiedung einer neuen Verfassung und Parlamentswahlen vor. 2016 übernahm diese Regierung die Macht in Tripolis. Jedoch lehnten Akteure auf beiden Seiten das Abkommen ab, sodass die Regierung in Teilen des Landes weiterhin machtlos blieb und das Land in unterschiedliche Machtgebiete gespalten war.

Der mächtigste Gegenspieler des international anerkannten Regierungschef Fajis al-Sarraj, der die Nationale Einheitsregierung führte, war General Chalifa Haftar. Haftars Machtgebiet befindet sich im Osten des Landes und wird von der Libyschen Nationalen Armee (LNA) kontrolliert. Beide Seiten einigten sich im Sommer 2017 auf Vermittlung des französischen Präsidenten Macrons hin auf einen Zehn-Punkte-Plan, der eine Waffenruhe und baldige Wahlen vorsah. Letztere waren für 2018 geplant. Im April 2019 begann General Haftar eine großangelegte Militäroffensive mit dem Ziel, die Hauptstadt Tripolis und damit die Macht im Land mit Gewalt an sich zu reißen. Haftar mobilisierte eine Koalition bewaffneter Gruppen, deren Kern Einheiten bilden, die von seinen Söhnen, Verwandten oder deren engen Vertrauten angeführt werden. Gegen Haftar formierte sich eine breite Allianz von Kräften, vor allem aus westlibyschen Städten, die nur formell der international anerkannten Einheitsregierung in Tripolis unterstanden. Nach über einem Jahr fortlaufender Gefechte in den südlichen Vororten von Tripolis gelang es den Regierungskräften im Juni 2020, Haftars Truppen aus Westlibyen zu verdrängen. Daraufhin standen sich die beiden Seiten im Zentrum des Landes gegenüber. Im Oktober 2020 unterzeichneten sie erneut einen Waffenstillstand, dessen Umsetzung jedoch stockte. Anfang 2021 wurde eine Übergangsregierung unter Premierminister Abdul Hamid Dbeibeh etabliert, die Wahlen bis Ende 2021 möglich machen sollte und versuchte, die Konfliktparteien zu einen. Nachdem die Wahl am 24. Dezember 2021 jedoch auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, rief das Parlament im Osten des Landes einen neuen, zweiten Regierungschef (Fatih al-Baschagha) aus. Nachdem es in der Hauptstadt Tripolis im Mai 2022 zu bewaffneten Kämpfen zwischen Truppen beider Regierungen gekommen war – einige Medien berichteten von einem versuchten Putsch durch Baschagha – verkündete dieser, seine Regierungstätigkeit von Tobruk in die Stadt Sirte verlegen zu wollen. Der Gewaltkonflikt gilt seit 2020 allerdings als eingefroren.

Das Umfeld aus fragmentierter politischer Macht und zahlreichen Milizen begünstigte in den vergangenen Jahren zum einen den Machtausbau des Islamischen Staates (IS), der insbesondere in der Stadt Sirte und Umgebung die Kontrolle übernahm. Zwar verlor der IS diese im Dezember 2016 wieder; doch auch in den folgenden Jahren war der IS weiterhin für zahlreiche Entführungen und Anschläge im Land verantwortlich. Zum anderen überqueren jährlich zehntausende Menschen das Mittelmeer mit Booten, um der Perspektivlosigkeit im Land zu entkommen.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Libyen umfasst eine Fläche von 1,76 Millionen Quadratkilometern und liegt am Südrand des Mittelmeeres. Im Westen grenzt Libyen an Algerien und Tunesien, im Süden beziehungsweise Südosten teilt es die Grenze mit Niger, Tschad und dem Sudan. Im Osten grenzt Libyen an Ägypten. Das Land gilt aufgrund seiner Lage als eines der Haupttransitländer für Geflüchtete aus Afrika nach Europa.

Politische Situation in der Region

Libyen bemühte sich seit einigen Jahrzehnten um eine starke regionale Einbindung, eine Stärkung der regionalen Kooperation und um eine Führungsrolle bei diesem Prozess. Dabei zielten die libyschen Bemühungen sowohl auf die arabische Welt wie auch den afrikanischen Kontinent ab. Im Februar 1989 gründete Libyen zusammen mit Tunesien, Marokko und Mauretanien die Arabische Maghreb Union (Union du Maghreb Arabe, UMA). Oberstes Ziel dieses regionalen Bündnisses ist nicht nur eine intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Integration der Mitgliedstaaten, die zur gemeinsamen Freihandelszone führen soll, sondern auch eine größere politische Kooperation. Letzteres räumt vor allem auch sicherheitspolitischen Fragen einen hohen Stellenwert ein. So beinhaltete beispielsweise bereits der UMA-Gründungsvertrag ein regionales Verteidigungsabkommen. Fortschritte im Erreichen der 1989 festgelegten Zielsetzungen sind seither allerdings ausgesprochen mäßig.

Im Februar 1998 entstand auf Initiative von Muammar al-Gaddafi die Sahel- und Saharastaatengemeinschaft (SinSad). Diese geriet in den Ruf, einzig als außenpolitisches Instrument Libyens zu funktionieren, da es Libyen mit Hilfe der anderen Mitgliedsstaaten und durch politische und ökonomische Unterstützung derselben gelang, Verbündete gegen die USA bzw. die UN zu gewinnen und Sanktionen teilweise zu unterlaufen. Mittlerweile hat sich dieser Vorwurf gelegt und die SinSad hat sich zu einer dynamischen Regionalorganisation entwickelt, die wichtige Nordafrika und den Sahararaum betreffende, übergreifende Probleme diskutiert und nach Lösungsansätzen sucht.

Auch die Gründung der Afrikanischen Union (AU) 2002 geht auf die Initiative von Muammar al-Gaddafi zurück. Bereits 1999 warb er für eine Reform der damaligen Vorgängerorganisation Organisation Afrikanischer Einheit (OAE) und propagierte die Idee der Vereinigten Staaten von Afrika mit einer gemeinsamen Armee, einer gemeinsamen Währung und einer zentralen Führung. Zwar lehnten viele afrikanische Staaten die Pläne Gaddafis ab, ihre Skepsis bezüglich einiger Reformen konnte Gaddafi jedoch oftmals durch finanzielle Mittel abmildern, wodurch schließlich die Gründung der AU beschlossen wurde. Die Beziehungen zu Algerien sind aufgrund ideologischer Gemeinsamkeiten und ähnlicher außenpolitischer Interessen freundschaftlich und gut. Die in den 1980er Jahren aufgetretenen Spannungen sind überwunden. Im Februar 2002 unterzeichneten Algerien und Libyen ein Abkommen über eine gemeinsame Freihandelszone. Des Weiteren ist in Libyen die UN-Unterstützungsmission UNSMIL aktiv, die engen Kontakt zu den libyschen Akteuren pflegt und den Friedensprozess fördern soll. Besonderes Gewicht hat die EU als potenziell wichtigster Unterstützer einer Nach-Konflikt-Regierung. Bis heute wird das Verhältnis von Libyen zur EU durch die anhaltenden Fluchtbewegungen aus dem nordafrikanischen Land belastet. Die am häufigsten gewählte Route führt dabei über das Mittelmeer und lässt sich nur schwer kontrollieren.

Im Mai 2015 lehnte die international anerkannte Regierung im Bürgerkriegsland jedoch ein militärisches Vorgehen von Seiten der EU gegen Schleuser:innenbanden im Mittelmeer und in den Häfen des Landes strikt ab. Bislang ist es ausländischen Militärschiffen nicht erlaubt, die sogenannte Zwölf-Meilen-Zone vor der Küste Libyens zu befahren. Seit 2015 waren Schiffe europäischer Streitkräfte im Rahmen der EU-Marinemission „Sophia“ im Einsatz, die im März 2020 beendet wurde. Das Ziel der Mission war die Bekämpfung der Schlepperorganisationen und des Menschenhandels; die Schiffe fingen dabei jedoch auch immer wieder Geflüchtete bei der Überquerung des Mittelmeeres auf. Die Zahlen schwanken zwischen 43.000 und 50.000 Menschen. Die EU-Nachfolgemission „Irinì“, die zunächst bis zum 31. März 2021 mandatiert wurde, mittlerweile jedoch bis März 2025 verlängert wurde, soll das Waffenembargo für Libyen überwachen, die libysche Küstenwache ausbilden und gegen Menschenschmuggel vorgehen. Auch Deutschland ist militärisch an der Mission beteiligt.

Grenzkonflikte

Frühere Grenzprobleme mit Ägypten sind mittlerweile beigelegt. Aus dem Aouzou-Streifen im Norden des Tschads musste sich Libyen 1994 nach einer Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag zurückziehen. Derzeit werden keine offenen Grenzkonflikte mit Nachbarstaaten ausgetragen. Da Libyen jedoch ein Teilgebiet der südlichen Wüstenregion in Algerien für sich beansprucht, kann von einem ruhenden Grenzkonflikt mit dem algerischen Nachbarn gesprochen werden.

Regionale Rüstungskontrolle

Es sind derzeit keine Informationen hinsichtlich Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle bekannt.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im Rahmen der Trans-Sahara Counterterrorism Initiative (TSCTI) sind US-amerikanische Spezialeinheiten im nordafrikanischen Raum sowie in der Sahel-Zone stationiert, um die dortigen Streitkräfte im Anti-Terror-Kampf auszubilden. Außerdem ist in Libyen im Rahmen der United Nations Support Mission in Libya (UNSMIL) Militärpersonal stationiert. Italien hat im Zuge seiner Mission MIASIT (Missione bilaterale di assistenza e supporto in Libia) 90 Soldat:innen nach Libyen entsandt. Seit Anfang 2020 befinden sich zudem Truppen (circa 500 Soldat:innen) des NATO-Partners Türkei in Libyen.

Die EU unterhält zudem seit 2013 eine zivile Mission zur Unterstützung der Sicherheitssektor-Reform bzw. zum Kapazitätsaufbau des libyschen Grenzschutzes (European Union Border Assistance Mission in Libya, EUBAM), dessen Hauptquartier sich im benachbarten Tunesien befindet. Mit der Operation Irini (EUNAVFOR MED IRINI) ist weiterhin eine militärische Operation der EU im Gange, welche die bestehenden Waffenembargos durchsetzen soll. Hieran beteiligt sich auch die deutsche Bundeswehr. Das aktuelle Mandat der im Jahr 2020 begonnenen militärischen Operation läuft bis April 2025 und umfasst bis zu 300 Soldat:innen, das Mandat der EUBAM bis Ende Juni 2025 und umfasst ein Maximum von 91 Mitarbeitenden.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

| Abkommen | Status | Quelle |
|--|-------------|---|
| Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971 | Beigetreten | http://www.icao.int |
| Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987 | Beigetreten | http://www.iaea.org |
| Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998 | Beigetreten | http://www.icao.int |
| Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007 | Beigetreten | http://treaties.un.org |

Kommentar

Bereits 1976 bezichtigten die USA Libyen das erste Mal öffentlich, den internationalen Terrorismus zu unterstützen. Nur wenige Jahre später, im Jahr 1979, wurde Libyen von den USA auf die Liste der Staaten gesetzt, die den Terrorismus unterstützen. Der Vorwurf, Libyen sympathisiere mit dem internationalen Terror, erhartete sich über die Jahre zusehends. Neben dem Vorwurf, Libyen unterstütze indirekt terroristische Organisationen, wie etwa die nordirische Untergrundbewegung Irish Republic Army (IRA), mit Waffenlieferungen oder auch finanziellen Zuwendungen, konnte Libyen ebenso eine direkte Beteiligung an Terroranschlägen nachgewiesen werden. Ein Anschlag auf die vornehmlich von US-amerikanischen Soldat:innen besuchte West-Berliner Diskothek „La Belle“ im April 1985 bildete den Auftakt einer Reihe von Terror-Anschlägen mit nachweislich direkter Beteiligung. Der verheerendste Anschlag des „libyschen Terrors“ geschah im Dezember 1988 mit einem Attentat auf ein Passagierflugzeug der Pan-American-Airlines. Durch eine Kofferbombe wurde das Flugzeug nahe der schottischen Stadt Lockerbie zur Explosion gebracht; 270 Menschen starben. Ein ähnlicher Anschlag ereignete sich kurze Zeit später über der Ténéré-Wüste in Niger. Bei der Explosion eines französischen Flugzeuges kamen dort 171 Menschen ums Leben. Beide Anschläge galten als Vergeltungsakt für die militärische Unterstützung Nigers im Tschad-Konflikt seitens Frankreichs beziehungsweise Israels durch die USA. Aufgrund dieser Ereignisse wurden schließlich umfassende Sanktionen von den USA, der EU und den Vereinten Nationen gegen Libyen verhängt.

Die Auswirkungen der Sanktionen und die Terroranschläge vom 11. September 2001 führten zu einer Kehrtwende in der libyschen Einstellung zum Terrorismus. Zum einen war die Aufhebung der US-amerikanischen Sanktionen mit den Auflagen verknüpft, dass Libyen Entschädigungszahlen für die Lockerbie-Opferfamilien leisten müsse, die volle Verantwortung für die Anschläge von Lockerbie übernehmen solle und dem Terrorismus als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele definitiv abschwören müsse. Zusätzlicher Druck entstand durch 9/11 und die Forderung des damaligen US-Präsidenten Bush, sich klar zu positionieren, um nicht selbst ins Fadenkreuz zu rücken und damit zum Angriffsziel zu werden. Libyen positionierte sich von Beginn an auf der Seite der USA und verurteilte die Anschläge scharf. Laut Medienberichten soll es bereits kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zu einem Treffen einer libyschen Delegation mit Vertreter:innen des US-amerikanischen und britischen Geheimdienstes gekommen sein. Dabei wurde offenbar die libysche Unterstützung im Kampf gegen den Terror unterstrichen und Libyen übermittelte den Geheimdienstmitarbeiter:innen wichtige Unterlagen.

Ebenso wie andere Regionen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika hat auch Libyen mit dem Einfluss der Terrorgruppe IS zu kämpfen, der in den vergangenen Jahren von den innerlibyschen politischen Fragmentierung profitierte. Derna, Benghazi und Sirte waren schon immer lokale dschihadistische Hochburgen mit historisch gewachsenen Milieus. Seit 2011 konnten diese vom Chaos profitieren und sich ausbreiten, denn es gab keine staatlichen Strukturen mehr, die ihnen hätten entgegentreten können. Mit der Eskalation des Konflikts in Syrien sind viele Libyer:innen dorthin gereist, haben mit dem IS gekämpft und sind anschließend nach Libyen zurückgekehrt. Es gelang dem IS zeitweise, die Stadt Sirte und deren Umgebung zu kontrollieren. Im Dezember 2016 konnte die Stadt dem IS jedoch entnommen werden. Seither ist der IS weiterhin in Form von Entführungen und Terroranschlägen im Land aktiv, jedoch ist die Anzahl in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. [2024](#) wurde das erste Mal seit 2010 kein Terroranschlag in Libyen verübt – während seit 2019 30 Tote im Zusammenhang mit Terroranschlägen registriert wurden, waren es in der vorangegangenen 5-Jahresperiode noch 537.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

| Abkommen | Status | Quelle |
|---|---------------|---|
| Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003) | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004) | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005) | Beigetreten | http://treaties.un.org |

Tabelle 15
Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

| Abkommen | Status | Quelle |
|--|-------------------|---|
| Völkermord-Konvention von 1951 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeit von 1950 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002 | Nicht beigetreten | http://treaties.un.org |
| Anti-Korruptions-Konvention von 2005 | Beigetreten | http://treaties.un.org |

UN-Berichterstattung

Libyen boykottierte zum wiederholten Male, zusammen mit den meisten anderen arabischen Staaten, das von der UN initiierte Waffenregister. Hintergrund hierfür sind unter anderem die nicht vorgesehenen Angaben über Massenvernichtungswaffen, die aber in Hinblick auf Israel für die arabischen Staaten von großer Bedeutung sind. Die wenigen Berichte wurden in den Jahren 1992, 1994 und 1997 eingereicht. Auch im Rahmen der Berichterstattung von Militärausgaben an die Vereinten Nationen übermittelt Libyen keine Daten. Da das Land den Arms Trade Treaty bisher noch nicht ratifiziert hat, reicht es auch hier derzeit entsprechend keine Berichte ein. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtete es einmal im Jahr 2010.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucher-Zertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. In der Vergangenheit wurde Libyen immer wieder in Verbindung mit illegalen Waffen- und Ausrüstungstransfers gebracht. Der Konflikt hat zur teilweisen Plünderung der staatlichen Waffenarsenale geführt. Libyen ist ein wichtiger illegaler Waffenlieferant für Nordafrika sowie für Teile der nah- und mittelöstlichen Region; Waffen aus dem Bürgerkriegsland wurden mittlerweile in etliche Länder geschmuggelt und sind an Konflikten auf mehreren Kontinenten beteiligt. Viele der Waffen, darunter auch schultergestützte Boden-Luft-Raketen (MANPADS), befinden sich heute in den Händen bewaffneter Gruppen in der Sahel-Zone oder im Konflikt in Syrien. Auch in die Hände von westafrikanischen Rebell:innen gelangten libysche Waffen, beispielsweise in Sierra Leone. Gerade die Verbreitung der MANPADS bereitet der internationalen Gemeinschaft große Sorgen.

Die weiterhin schwierige Lage in dem Land dürfte die unerlaubte Ausfuhr von Rüstungsgütern und Waffen erheblich erleichtern. Der Waffenschmuggel in der Region wird noch heute aus Beständen genährt, die noch vom alten libyschen Regime angelegt worden waren,

aber auch aus den verbliebenen Resten der Militärhilfe des Westens für die damals hofierten Gegner:innen Ghaddafis. Nach dessen Sturz waren es Waffen aus Libyen, die den Konflikt in Mali anheizten. Weitere Waffen sind in die Hände von Extremist:innen in Tunesien, der ägyptischen Sinai-Halbinsel, Niger und Algerien geraten. Insbesondere auf den Staat Mali entfalten die geschmuggelten Waffen aus Libyen verheerende Wirkungen: Die libyschen Waffen gelangten in die Hände von Rebell:innen, die dadurch im Mai 2012 die demokratische Regierung stürzen konnten. Des Weiteren besteht ein reger Austausch an Waffen mit dem Nachbarland Tunesien. Vor allem die Grenzregion Ben Guerdane wird regelmäßig zum Schauplatz großer Waffenschmuggelgeschäfte, die mittlerweile auch die Stämme der Imazighen erfasst haben. Aus Libyen gelangten zudem immer wieder Waffen in die Hände syrischer Rebell:innen. Die beliebteste Schmuggelroute dafür verlief über die Türkei oder über den Norden des Libanon. So wurde beispielsweise im April 2012 eine Schiffsladung, die aus Libyen stammte und für die syrischen Rebell:innen bestimmt war, von den libanesischen Behörden beschlagnahmt. Einige Container enthielten Milan-Raketen mit der deutschsprachigen Aufschrift „Bodenziel“ und dem Kürzel „LFK“, das für „Lenkflugkörper“ steht. Das belegen Fotos des Fundes, die von libanesischen Netzaktivist:innen veröffentlicht wurden. Laut einem UN-Bericht haben auch die illegalen Waffenlieferungen von Libyen an Ägypten in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Von dort gelangten viele der Waffen über die ägyptisch-palästinensische Grenze in den Gazastreifen.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 9

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Economically, Libya's oil revenues recovered and potentially improved economic conditions in the country. However, without a set date for upcoming elections and without a legislative and electoral foundation in place, political impasse threatens the fragile "peace" currently in place

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/LBY>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|--|------|------|------|------|------|
| Militärausgaben (in Millionen US-Dollar) | - | - | - | - | - |
| Militärausgaben/BIP | - | - | - | - | - |
| Gesundheitsausgaben/BIP | - | - | - | - | - |
| Bildungsausgaben/BIP | - | - | - | - | - |

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17**Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe**

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|-------|--------|--------|--------|--------|
| Auslandsverschuldung | - | - | - | - | - |
| Anteil am BIP (in Prozent) | - | - | - | - | - |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)* | 217.1 | 199.18 | 226.58 | 219.61 | 183.38 |
| Net ODA (% of GNI)* | 0.27 | 0.26 | 0.42 | 0.53 | - |
| Deutsche ODA Zahlungen* | 54.65 | 33.98 | 46.68 | 47.62 | 38.66 |

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2022); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2022).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|----------------------|------|------|------|------|------|
| Militarisierungswert | - | - | - | - | - |
| Index-Platzierung | - | - | - | - | - |

Tabelle 19**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

| | | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|----------|----------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Ägypten | Militarisierungswert | 140.1 | 138.8 | 137.5 | 135.2 | 130.1 |
| | Index-Platzierung | 36 | 40 | 44 | 40 | 47 |
| Algerien | Militarisierungswert | 189.5 | 193.5 | 186.6 | 179 | 206 |
| | Index-Platzierung | 16 | 16 | 16 | 19 | 14 |
| Niger | Militarisierungswert | 79.7 | 80.8 | 76.4 | 102 | 115.5 |
| | Index-Platzierung | 106 | 104 | 108 | 73 | 59 |

| | | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|----------|----------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Sudan | Militarisierungswert | 120.1 | 107.5 | 107.9 | 107.2 | 89.7 |
| | Index-Platzierung | 56 | 72 | 71 | 69 | 90 |
| Tschad | Militarisierungswert | 124.3 | 136 | 136.7 | 139 | 140.9 |
| | Index-Platzierung | 53 | 44 | 45 | 35 | 35 |
| Tunesien | Militarisierungswert | 126.4 | 129.4 | 128.3 | 127.3 | 124 |
| | Index-Platzierung | 52 | 51 | 51 | 46 | 52 |

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

| | | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|----------|---------------------------|-------|-------|------|------|-------|
| Ägypten | Militärausgaben (absolut) | 4122 | 4448 | 4811 | 4646 | 4091 |
| | Militärausgaben/BIP | 1,2 | 1,1 | 1,1 | 1,0 | 0,9 |
| Algerien | Militärausgaben (absolut) | 10383 | 10141 | 9455 | 9146 | 16052 |
| | Militärausgaben/BIP | 6,0 | 6,7 | 5,6 | 4,7 | 8,2 |
| Niger | Militärausgaben (absolut) | 259 | 238 | 188 | 243 | 309 |
| | Militärausgaben/BIP | 1,9 | 1,7 | 1,4 | 1,7 | 2,1 |
| Sudan | Militärausgaben (absolut) | 1950 | 1132 | 668 | - | - |
| | Militärausgaben/BIP | 1,6 | 1,0 | 0,9 | - | - |
| Tschad | Militärausgaben (absolut) | 242 | 313 | 311 | 332 | 339 |
| | Militärausgaben/BIP | 2,1 | 3,0 | 2,8 | 2,7 | 2,9 |
| Tunesien | Militärausgaben (absolut) | 1151 | 1206 | 1210 | 1156 | 1113 |
| | Militärausgaben/BIP | 2,4 | 2,7 | 2,6 | 2,5 | 2,4 |

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2022). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|----------|-------|-------|-------|-------|-------|
| HDI-Wert | 0,764 | 0,756 | 0,737 | 0,746 | 0,746 |

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](#)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Zusammenfassung: Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 7.570 US-Dollar zählt Libyen nach Weltbank Kategorisierung zu den sog. lower middle income economies. Das Land verzeichnete in den letzten Jahren eine sehr wechselhafte wirtschaftliche Entwicklung. Grund für diese starken Schwankungen sind die hohe Abhängigkeit vom Ölexport (diese machen rund 88 % des Gesamtexport und 56 % des GDP des Landes aus) und die politisch instabile Lage des Landes. Mit einem Indexwert von 0,746 auf dem Human Development Index gehört Libyen zu der HDI-Gruppe der Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. Daten zu staatlichen Bildungsausgaben existieren für die letzten fünf Jahre ebenso wenig wie offizielle Armutsstatistiken, Einkommensungleichheit oder Militärausgaben. Über die Gefahr, dass in Libyen durch unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflusst werden könnte, lässt sich aufgrund mangelnder Daten nur spekulieren. Der gewaltsame Konflikt im Zuge des arabischen Frühlings hat die Entwicklung des Landes und das Bildungs- und Gesundheitssystem nachhaltig negativ beeinflusst, so dass Rüstungsexporte vor diesem Hintergrund in Hinblick auf Kriterium acht – abweichend von der BICC Datenbank – als möglicherweise kritisch gesehen werden müssen.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 7.570 US-Dollar zählt Libyen nach Weltbank Kategorisierung zu den sog. lower middle income economies. In dieser Gruppe liegt es in etwa im Mittelfeld. Gegenüber dem Internationale Währungsfonds bestehen derzeit keine ausstehenden Verbindlichkeiten. Informationen zur Auslandsverschuldung liegen nicht vor. Das Land verzeichnete in den letzten Jahren eine sehr wechselhafte wirtschaftliche Entwicklung. So war im Jahr 2017 ein Zuwachs von 32,5 % zu verzeichnen. Dies währte jedoch nicht lang, wobei 2018 immer noch ein sehr stabiles Wachstum von knapp 8 % erreicht wurde. Dieses brach im Jahr 2019 jedoch deutlich (-6 %) und 2020 dramatisch ein (-58,3 %), da das Gros der Ölfördergebiete sich im (ehemaligen) Einflussbereich General Haftars befanden, der ab Januar 2020 die Erdölproduktion weitgehend lahmlegte, um die Regierung in Tripolis finanziell unter Druck zu setzen. 2021 wurde wieder ein immenses Wachstum von 135,5 % erreicht, was 2022 jedoch wieder einbrach (+1,3 %). Zuletzt schrumpfte die Wirtschaft erneut (-1,7 %) Grund für diese starken Schwankungen sind die hohe Abhängigkeit vom Ölexport (dies

machen rund 88 % des Gesamtexport und 56 % des BIPs des Landes aus) und die politisch instabile Lage des Landes. Auf dem Global Competitiveness Index ist das Land nicht gelistet.

Soziale Entwicklung

Mit einem Indexwert von 0,746 auf dem Human Development Index des UNDP gehört Libyen zu der HDI-Ländergruppe mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. Der Wert ist vergleichbar mit einem Stand, den das Land bereits 2001 aufwies, was die deutlich verschlechterte soziale Lage des Landes seit 2011 veranschaulicht. Damit liegt es in der gleichen Gruppe wie seine Nachbarländer Algerien (HDI-Wert von 0,745), Ägypten (HDI-Wert von 0,728) und Tunesien (HDI-Wert von 0,732) und deutlich vor dem Sudan (HDI-Wert von 0,516), dem Niger (HDI-Wert von 0,394) und dem Tschad (HDI-Wert von 0,394), welche zur Gruppe der Länder mit einer „niedrigen menschlichen Entwicklung“ gehören. Von dieser hohen menschlichen Entwicklung profitieren beide Geschlechter nach Angaben des Gender Development Index (Wert von 0,988) recht gleichmäßig. Wie in vielen anderen Ländern auch ist jedoch das durchschnittliche Einkommen weiterhin zu Gunsten der Männer verschoben (12.516 zu 22.025; US-Dollar; 2017 PPP).

Libyens Fortschritt in Bezug auf die Sustainable Development Goals sind aufgrund fehlender Daten schwer zu bewerten. So liegen für SDG 1 (no poverty), SDG 4 (Quality education), SDG 10 (Reduced inequalities), SDG 11 (sustainable cities & communities) sowie SDG 16 (Peace, justice and strong institutions) keine Daten vor. Die Zielerreichung in Bezug auf die restlichen SDG ist weiterhin durch große Herausforderungen gekennzeichnet. Positiv hervorzuheben sind die Erfolge im Bereich der Gesundheitsversorgung. So wurde 2020 mit einer Müttersterblichkeitsrate pro 100.000 Lebendgeburten von 72,1 ein Teilziel von SDG 3 (Good Health and Well-Being) erreicht. Auch die Kindersterblichkeitsrate (unter 5 Jahren) pro 1.000 Lebendgeburten sank 2022 auf 10 und damit unter die festgesetzte Zielmarke. Auch in Bezug auf die Bekämpfung von HIV wurden Fortschritte erzielt; hier sank die Infektionsrate 2021 auf 0,0 pro 1.000 Nichtinfizierte.

Diese Fortschritte sind umso erstaunlicher, da das Gesundheitssystem am meisten unter dem Jahre lang im Land wütenden Bürgerkrieg zu leiden hatte. Medizinische Einrichtungen wurden oft Ziel von Angriffen bewaffneter Akteure und zwangen etliche Krankenhäuser vorübergehend zu schließen. Die Kämpfe trugen auch zur Abwanderung vieler ausländischer Beschäftigter im Gesundheitssektor bei. Die Covid-19 Pandemie offenbarte schließlich den schlechten Zustand des Gesundheitssektors. Informationen über die staatlichen Ausgaben im Gesundheitssektor liegen allerdings nicht vor.

Auch das Bildungssystem wurde hart durch den Krieg getroffen. Zwar ist die Primärbildung für Kinder zwischen 6 und 15 Jahre in Libyen sowohl frei als auch verpflichtend, faktisch jedoch war der Betrieb in allen drei Bildungszweigen zwischen 2011 und 2020 nur mehr oder weniger gegeben. Nach einem Bericht von UNICEF Libyen wurden alleine in der ersten Jahreshälfte des Jahres 2020 18 Schulen von Kämpfen getroffen, was Auswirkungen auf knapp 16.000 Schüler:innen hatten. Zudem wurden in vielen Fällen Aufzeichnungen über Prüfungen und Abschlüsse vernichtet, so dass heute eine Generation aufwächst, die oftmals keine formalen Schul- und Universitätsabschlüsse besitzt und damit wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat. So wird die allgemein hohe Arbeitslosigkeit von 18,7 % (ILO-Schätzung; Stand

2023) nochmals deutlich von einer enorm hohen Jugendarbeitslosigkeit (15-24 Jahre; ILO-Schätzung, Stand 2022) von über 50 % übertroffen.

Daten zu staatlichen Bildungsausgaben existieren für die letzten fünf Jahre ebenso wenig wie offizielle Armutsstatistiken, Einkommensungleichheit oder Militärausgaben. Über die Gefahr, dass in Libyen durch unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflusst werden könnte, lässt sich aufgrund mangelnder Daten nur spekulieren. Zwar verfügt das Land über hohe Öleinnahmen, doch wurden diese lange Zeit nicht in gesellschaftliche Sektoren gelenkt oder zu umfangreichen und nachhaltigen Investitionen in die Wirtschaft genutzt. Der gewaltsame Konflikt im Zuge des arabischen Frühlings hat die Entwicklung des Landes und das Bildungs- und Gesundheitssystem nachhaltig negativ beeinflusst, so dass Rüstungsexporte vor diesem Hintergrund in Hinblick auf Kriterium acht – abweichend von der BICC-Datenbank – als möglicherweise kritisch gesehen werden müssen.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

| | |
|-----------|-------------------|
| REDAKTION | Marc von Boemcken |
| LAYOUT | bicc |
| GRAFIK | Nele Kerndt |

ERSCHEINUNGSDATUM Februar 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



MITGLIED Johannes-Rau-
DER Forschungsgemeinschaft